

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.
ohne Bringerlohn.

Trud und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Beizeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 265.

Montag, den 11. November 1918.

75. Jahrgang.

An unsere Leser!

Die Zeitverhältnisse bedingen es, daß wir für einige Tage den Umfang unserer Zeitung beschränken müssen. Sobald es möglich ist, wird das „Herborner Tageblatt“ wieder in gewohnter Weise erscheinen.

Die Abdankung des Kaisers.

Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Der Kaiser hat auf den Thron verzichtet. Hat das kommen müssen? Wir wissen es nicht. Es ist dem Menschen versagt, die Einzelheiten zu erkennen, aus denen sich nach Ursache und Wirkung unser Schicksal verknüpft. Aber wir wissen, daß es der Wunsch und der Wille derer war, die heute die Herren sind im Reiche, daß es so kommen sollte; seit Wochen hat die Demokratie aus dem sozialen wie aus dem bürgerlichen Lager, und an ihrer Spitze die Frankfurter Zeitung, diesen Ausgang gefordert. Ueberzeugende Gründe dafür vermochten sie nicht anzugeben, und die Sorgen und Bedenken, die dagegen sprachen, nicht zu zerstreuen. Für diesen Schritt in der Entwicklung der Umwälzung, in der wir begriffen sind, tragen daher sie die Verantwortung. Wir hoffen, daß sie ihnen leicht werden möge und daß sie sich nicht getäuscht haben. Viele von uns empfinden es als einen Riß im Herzen und als eine Schmach, an der sie selbst beteiligt sind, weil sie sie nicht abwenden konnten, sodaß der Traum des deutschen Kaisertums verfliegt und sein letzter Träger so endet. Die bisheran übergroße Mehrheit des deutschen Volkes war monarchisch gesinnt. Sie hat den Wandel nicht zu hindern vermocht und wird nun aus den Geschehnissen kraft ihrer Vaterlands- und Liebe den Schluß ziehen müssen, daß es ihre Pflicht ist, dazu beizutragen, daß Deutschland daraus nicht noch schwerere Heimtuckungen erwachsen. Aber eines dürfen die Volksgenossen, die sich jetzt in ihrer Überzeugung vergewaltigt fühlen, fordern und verlangen: daß man ihre Empfindungen achte, sie nicht durch taktlose Ausnutzung des durch des Kaisers und des monarchischen Volkes Opfermut erzwungenen Triumphes verleze. Schon die Klugheit verbietet das, denn wenn wir nicht aus dem Zusammenbruch die Liebe zu dem gemeinsamen Volkstum retten, und den Willen, auf diesem Grunde mit allen Kräften, die in einer lebensfrohen Nation pulsen, wieder aufzubauen, so sind wir der Opfer nicht wert, die in Jahrhunderten und vor allem in diesem furchtbarsten aller Kriege für das Deutschland gebracht worden sind, dann zwingen wir die Weltgeschichte zu dem Vernichtungs-urteil, daß das deutsche Volk selbst die Schuld an seinem Schicksal trägt.

Der Kaiser in Holland.

Berlin, 11. Nov. Der Kaiser ist mit 10 Personen seines Gefolges in Arnheim in Holland eingetroffen und wird dort in der Villa des Barons Dantine Wohnung nehmen.

Der Kaiser interniert.

Amsterdam, 10. Nov. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die holländische Regierung die Internierung des Kaisers beschlossen habe.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 10. Nov. Das Wolffsche Büro verbreitet folgenden „Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen“:

1. Inkrafttreten sechs Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung Belgiens, Frankreichs und Elsaß-Lothringens binnen 14 Tagen; was von Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder Kriegsgefangen.
3. Abzugeben 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz, Koblenz und Köln, besetzt vom Feinde auf Radius 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf dem rechten Rheinufer 30–40 Km. Tiefe neutrale Zone, Räumung in 14 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufer nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt gelassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter die Grenze zurücknehmen, Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslos Kapitulaton von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der Belgischen Bank, von russischen und rumänischen Goldes.

13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.

14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts, die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.

15. Sicherheit der freien Durchfahrt durch das Kattegat, Begräbnung der Minenfelder und Befestigung aller Forts und Batterien, von denen aus diese Durchfahrt gehindert werden könnte.

16. Blockade bleibt bestehen, deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.

17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.

18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Annahme

der Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 11. Nov. (Amtlich.) Gestern mittag fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt, nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Befehle sind der Friedensdelegation gegeben worden. Gleichzeitig ist Präsident Wilson durch Funkpruch ersucht worden auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken, da sie die Ernährungsfrage zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hungertod von Millionen Frauen und Kindern bedeuten würde.

Wortlaut des Funkpruchs.

an den Staatssekretär Lansing:

„Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden herzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller strittigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zweck haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volke Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungsfrage zu einer verzweifeltsten gestalten und den Hungertod von Millionen Männer, Frauen und Kinder bedingen. Wir müßten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Zustimmung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neubau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.“

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes:
Solf.

Einstellung der Feindseligkeiten.

Reh, 11. Nov. (WB.) Die dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellte hiesige Funkpruchstation hat folgenden Funkpruch aufgegeben:

Marshall Foch an die Oberkommandierenden:

1. Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November, 11 Uhr franz. Zeit eingestellt.

2. Die alliierten Truppen werden angewiesen, bis sie weitere Befehle erhalten, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht zu überschreiten.
Marshall Foch.

Die Volksbewegung im Reiche.

Berlin, 9. Nov. Der neue Reichskanzler Ebert erläßt folgende Rundgebung an die deutschen Bürger:

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mit unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über die Ereignisse der Öffentlichkeit in Kürze berichten.
Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein.

Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unsrer harzt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung des Volkes nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schlechtesten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder an sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergeist, veründigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Berlin, 9. Nov. (WB.) Amtlich. Reichskanzler Ebert veröffentlicht folgenden Aufruf:

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten. Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihrer Liebe zu unserem Volk. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde, würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. Heißt also mit dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: gez. Ebert.

Berlin, 9. Nov. Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:

Volksgenossen!

Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt. Sein ältester Sohn auf den Thron verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat die Regierung übernommen und der unabhängigen sozialdemokratischen Partei den Eintritt in die Regierung auf dem Boden voller Gleichberechtigung angeboten. Die neue Regierung wird sich für die Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung organisieren, an denen alle über 20 Jahre alten Bürger beider Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen werden. Sie wird sodann ihre Machtbefugnisse in die Hände der neuen Vertretung des Volkes zurücklegen.

Bis dahin hat sie die Aufgabe Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern.

Den Volksgenossen in Waffen raschesten geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu sichern.

Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort glatt zu arbeiten beginnen. Nur durch ihr tadelloses Funktionieren kann schwerstes Unheil vermieden werden. Sei sich darum jeder seiner Verantwortung im Ganzen bewußt. Menschenleben sind heilig. Das Eigentum ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Wer diese herrliche Bewegung durch gemeine Verbrechen entbehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Wer aber in ehrlischer Hingabe an unsern Werke mitmacht, vom dem alle Zukunft abhängt, der darf von sich sagen, daß er im größten Augenblick der Weltgeschichte als Schaffender zu des Volkes Heil mit dabeigewesen ist.

Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Wehrfähige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffentrock und Arbeitsblusen helfe alle mit.

Ebert, Scheidemann, Landsberg.

Berlin, 10. Nov. (WB.) Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

An Alle!

Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist im größten Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrecht erhalten werden. Das sind wir unseren Kameraden schuldig.

Jede Plünderung oder Beschlagnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Ablenkung oder Verzögerung von Transporten und jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den bisher mit dem Verpflegungsnachschub betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Seht Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein.

Der Reichskanzler: gez. Ebert.

Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit:

Arbeiter! Bürger!

Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingt erforderlich, daß rationelle Lebensmittel nur auf Karten

verabfolgt und entnommen werden. Zuüberhandlungen verlegen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrengste geahndet werden.

J. A. des Arbeiter- und Soldatenrates:
Der Ernährungsausschuss: Wurm.

Kriegsminister und Unterstaatssekretär Göhre richteten folgenden Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos: Im Interesse des Allgemeinwohls muß von jedem Offizier verlangt werden, daß er auch unter den jetzigen Verhältnissen seinen Dienst nach den besten Kräften weiter versieht. Sicherheit, Ordnung sowie Volksernährung können nur gewährleistet werden, wenn alle Kräfte hieran vereint werden. Allen Befehlen der stellvertretenden Generalkommandos ist auch weiterhin Folge zu leisten. Ueber die Bildung von Soldatenräten folgt Weisung.

Die neue Regierung.

Berlin, 11. Nov. (M) Laut Mitteilung vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die Einigung mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei vollzogen. Ebert, Dittmann, Haase, Landberg, Scheidemann und Barth werden die neue Regierung bilden.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Berlin, 11. Nov. (M) Im Räte der Volksbeauftragten, wie sich die neue Regierung nennen wird, werden die Abgeordneten Ebert und Haase abwechselnd den Vorsitz führen. Abgeordneter Haase teilte mit, daß die Garnison von Döberitz und Potsdam in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates sind.

Berliner Zeitungsstimmen.

Berlin, 10. Nov. (WB) Die heute erschienenen Berliner Zeitungen drücken alle einstimmig den Wunsch nach Erhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit aus. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Jeder, der die Gefahren der Stunde erkennt, würde der Regierung Ebert volle Unterstützung leisten. Alles, was Ebert in seinem Aufruf an die Bevölkerung sagt, ist wahr und klug. Die nationale Versammlung wird frei und souverän entscheiden, ob Deutschland Republik werden, oder in welcher Form es zukünftig neue Wege beschreiten soll.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Die alte sozialdemokratische Partei weiß sich in dem Bestreben nach Einigung eins mit dem gefundenen Instinkt der Arbeiterschaft. Sie verfolgt keinerlei eigennützige Ziele und ist ganz durchdrungen von dem Gedanken, daß das Werk der Rettung aus dem Abgrund, in den uns der überwundene Imperialismus gestürzt hat, nur von einer einmütigen, geschlossenen Arbeiterschaft ausgeführt werden kann. Die Bruderhand liegt offen. Schlacht ein!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: „Nach Lage der Dinge können wir mit dem Vorschlag, so rasch wie möglich die Wahlen für die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung, die die künftige Staatsform des deutschen Volkes feststellen soll, auszuhalten, nur einverstanden sein. Die Regierungsgewalt kann dauernd nur von einer Regierung ausgeübt werden, die ihr Mandat von dem auf ordnungsmäßigem Wege einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen des deutschen Volkes empfängt.“

Die „Kreuzzeitung“ erklärt: „Alle Elemente des Volkes, die an der Staats- und Gesellschaftsordnung festhalten wollen, werden geschlossen zusammengehen müssen, um, wenn möglich, ein Chaos zu verhindern. Die Konservativen müssen die Ausaat streuen, aus welcher dereinst den kommenden Geschlechtern des deutschen Volkes ein besseres Los erwachsen soll, als es uns und unseren Kindern beschieden ist.“

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt, es wäre falsch, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte bisher bolschewistisch zu nennen. Man hat das Eigentum geschont, ist der Gewalt nach Möglichkeit aus dem Wege gegangen und war ehrlich bestrebt, Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten. Der Aufforderung Eberts zur Mitarbeit der Andersgesinnten, um das Volk vor Bruderkrieg, Hungersnot und Anarchie zu bewahren, wird Folge zu leisten sein.“

Die „Germania“ schreibt: „Für Deutschland heißt jetzt die Parole entweder eine den Alliierten und Neutralen sympathische Demokratisierung, die ihm bald wieder mindestens eine erträgliche Stellung im Staatenkonzern und gewiß auch Brot und Rohstoffe sichern wird, oder eine Bolschewisierung, die es noch mehr als der Krieg von der Außenwelt isolieren, dem größten Elend preisgeben und zweifellos auch ein bewaffnetes Vorgehen hervorrufen würde.“

Der König von Sachsen seines Thrones entsetzt.

Dresden, 11. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden erläßt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt ist, daß der König seines Thrones entsetzt. Die Dynastie Wettin habe aufgehört zu existieren.

Württemberg Republik.

Stuttgart, 10. Nov. (WB) Gestern Abend hat sich in dem Landtagsgebäude eine neue provisorische Regierung gebildet. Sie erläßt folgenden Aufruf: An das württembergische Volk!
Eine gewalttätige, aber Gott sei Dank unblutige Revolution hat sich heute vollzogen: Die Republik ist erklärt!

Hessen Republik.

In Darmstadt ist Hessen als Republik ausgerufen worden.

Großherzog von Oldenburg abgesetzt.

Wilhelmshaven, 11. Nov. Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Die Republik in Baden.

Mannheim, 10. Nov. (WB) Das Aktionskomitee

des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates beschloß heute früh hier die Ausrufung der sozialen Republik.

Strasenkämpfe in Berlin.

Berlin, 11. Nov. (M) Der „Vorwärts“ berichtet: Die Linden, ein Teil der Friedrichstraße, die Gegend um das Schloß und um den Reichstag waren gestern der Schauplatz anhaltender Kämpfe. Schon früh um 8 Uhr waren von der Kuppel des Reichstagsgebäudes am Bahnhof Friedrichstraße Schüsse auf das Publikum abgegeben worden. Gegen 1 Uhr mittags wiederholte sich von neuem die Schießerei. Der größte Teil der Linden, der benachbarten Seitenstraßen zur Friedrichstraße wurden in den Kampf verwickelt. Einzelne Schüsse, sowie ganze Salven schlugen in die Volksmenge ein. Unsere Truppen rückten mit Maschinengewehren und Geschützen vor, die betreffenden Gebäude konnten aber nicht genommen werden, da von den hinterhältigen Schützen nichts zu erspähen war. Ähnliche Szenen spielten sich vor dem Schloß und um das Reichstagsgebäude ab. Die Linden mußten in ihrem wesentlichen Teil vom Verkehr frei gehalten werden, weil auch hier aus verschiedenen Häusern geschossen wurde. Gegen Abend kam es am Gendarmenmarkt und am Werderschen Markt zu Schießereien.

Ruhe und Ordnung.

Ueber die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten liegen aus fast allen größeren Städten Deutschlands Nachrichten vor. Im Allgemeinen hat sich die Umwälzung ohne Störung der Ordnung und ohne Blutvergießen vollzogen. — Die A- und S.-Räte fordern überall in Aufrufen an die Soldaten und die Zivilbevölkerung eindringlich zur unbedingten Aufrechterhaltung der Ordnung und Wahrung der Disziplin auf, und infolgedessen zeigt überall das Geschäfts- und sonstige Leben kaum einen veränderten Charakter.

Ein Soldatenrat in Warschau.

Warschau, 11. Nov. (M) Einige Landsturmbataillone in Warschau sind zur Bildung eines Soldatenrates geschritten. Die Polen nehmen eine feindselige Haltung gegenüber den deutschen Truppen ein. Sie wollen ihnen den Durchmarsch durch Polen verweigern. Der Warschauer Bahnhof ist von den Polen besetzt. Auf den Straßen Warschaws soll bereits gekämpft werden.

Warschau, 11. Nov. (M) Der Generalgouverneur von Posen teilte dem polnischen Regentenschatzrat mit, daß auf Anordnung des Reichshauptquartiers die Landesgewalt im Generalgouvernement Warschau mit Ausnahme des den militärischen Interessen dienenden Telegraphen- und Fernsprechverkehrs bis zum 1. Dezember der polnischen Staatsregierung übergeben wird. Das Generalgouvernement wird in diesen Tagen aufgelöst.

Kein Frieden mit einem bolschewistischen Deutschland.

Berlin, 10. Nov. (WB) Der deutsche Gesandte in Haag und in Brüssel berichtet, daß nach ganz zuverlässigen Nachrichten aus Ententekreisen die Entente mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen würde, weil sie in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verbürgt sein würde. Die Entente würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und in Deutschland Ordnung zu schaffen.

Ein Gerücht.

Leipzig, 10. Nov. Von einem gestern angekommenen Angehörigen der Armee der Westfront wird der „Leipziger Abendzeitung“ glaubhaft berichtet, daß es kurz vor seiner Abreise an mehreren Stellen der Westfront zu großen Verbrüderungen zwischen deutschen und französischen Truppenteilen gekommen ist, wobei rote Fahnen entrollt und sozialistische Lieder gesungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollten, wie dabei französische Truppen erzählten, vier französische Divisionen gemeutert haben, sodaß sich Foch veranlaßt sah, sie schleunigst hinter die Front zurückzuziehen. Auch an der früheren deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse stattgefunden haben.

München, 11. Nov. (WB) Der Kriegsminister ist zum König nach Schloß Wilhelmsruh gefahren, um für die Offiziere und Mannschaften die Entbindung vom Fahneneid zu erreichen.

Berlin, 11. Nov. (WB) Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Ueber 10.000 Eisenbahnarbeiter und -Angestellte tagten heute im Zirkus Busch und an anderen Stellen und nahmen einstimmig folgende Resolution an: Die deutschen Eisenbahnarbeiter erklären, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge zu tragen zu wollen. Sollten sich gegenrevolutionäre Regungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden.

Hamburg, 9. Nov. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, ist Generaldirektor Ballin heute nacht 1 Uhr im Alter von 62 Jahren plötzlich verstorben.

Aufruf des Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrates an die ländliche Bevölkerung.

An die ländliche Bevölkerung!

In Berlin ist seit gestern eine neue Regierung am Ruder. In allen Städten Deutschlands sind Arbeiter- und Soldatenräte an der Gewalt und unterstützen die neue Regierung, um unser Vaterland einer besseren und freieren Zukunft entgegenzuführen.

Der soziale Grundsatz der neuen Ordnung ist: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Die erwerbstätige Bevölkerung des flachen Landes hat darum von der neuen Ordnung der Dinge nichts zu befürchten. Sicherheit des Lebens und Eigentums wird durch die Arbeiter- und Soldatenräte gewährleistet.

Die ländliche Bevölkerung hat aber alles zu befürchten, wenn die Lebensmittelversorgung der großen Städte ins Stocken gerät. Dann verliert die neue Ordnung die Gewalt über die hungernden Massen. Die Anarchie bricht aus. Magazine und Läden, die geplündert werden könnten, sind leer. Dann wird sich

ereignen, was keiner von uns wünschen kann. Von Hunger getriebene, verzweifelte und zu allem entschlossene Haufen werden sich mit Gewehren und Maschinengewehren bewaffnet auf das flache Land ergießen, um sich hier mit Gewalt anzueignen, was sie brauchen, um nicht Hungers zu sterben. Dann sind schlimmste Missetaten unvermeidlich, Mord und Brand an der Tagesordnung. Unbeschreibliches Elend bricht über Euch herein.

Bauern! Wollt Ihr Euch und Eure Frauen und Kinder, wollt Ihr Eure Dörfer und Äcker vor furchtbaren Schicksal bewahren, so unterstützt bereitwillig alle Anordnungen und Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte und sorgt im Einvernehmen mit Euren bisherigen Behörden den Landratsämtern dafür, daß die Lebensmittelzufuhr für die Städte nicht nur ebenso unbehindert konstant geht wie bisher, sondern noch reichlicher fließt.

Bauern! Was Ihr in diesem Sinne tut, tut Ihr für Euch!

Frankfurt a. M., 10. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

In das Genossenschaftsregister wurde heute die durch Statut vom 13. Oktober 1918 errichtete **Spar- und Darlehnskasse**, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht zu **Haarn** eingetragen:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Spar- und Darlehnskasse zum Zweck:

1. der Gewährung von Darlehen an die Genossen;
2. der Erleichterung der Geldanlage und Förderung des Sparsinns;
3. des gemeinsamen An- und Verkaufs landwirtschaftlicher Bedarfsartikel und Erzeugnisse.

Die Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma in dem Nassauischen Genossenschaftsblatt, Wiesbaden.

Der Vorstand besteht aus drei Mitgliedern:

1. Hermann Stahl, Bürgermeister, Haarn.
2. Eduard Reuser, Landwirt, Haarn.
3. Adolf Stahl, Landwirt, Haarn.

Die Willenserklärung für die Genossenschaft muß durch zwei Vorstandsmitglieder erfolgen; die Zeichnung geschieht indem zwei Mitglieder der Firma ihre Namensunterschrift beifügen. Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts Jedem gestattet.

Herborn, den 4. November 1918.

Königliches Amtsgericht.

Säcke

aus Papiergewebe ca. 60x100

geeignet für

Kartoffel, Zwiebel usw.

einmal gebraucht, gut erh., lagert, sehr preisw. abzugeben.

Mitteldeutsche Sack- und Plangefellschaft,
Frankfurt a. M., Mainzerlandstr. 181.

Fernspr. Hanja 5975.

Telegramme Mittelsack.

Futterschneidmaschinen,

32 cm Schnittbreite, sofort lieferbar.

Herborner Pumpenfabrik.

Ein ordentliches

Mädchen

oder eine Stundenfrau zum baldigen Eintritt gesucht.

Frau W. Nassauer,
Austraße 5.

Garten- od. Uckerland,

möglichst in der Nähe der Anstalt zu kaufen gesucht.

Dr. Becker,
Anstalts-Oberarzt.

Trächtige

Kolländer-Kuh

zu verkaufen.

Burgerlandstr. 20.

3 Ziegen

zu verkaufen.

Franzosenweg 6.

Evang. Kirchenchor.

Dienstag Abend 8 1/2 Uhr:

Gesangstunde.

Präparanden-Anstalt.

Dankagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme, die uns anlässlich des Hinscheidens und der Beerdigung unserer lieben Verstorbenen von allen Seiten zu Teil geworden sind, sage ich im Namen der trauernden Hinterbliebenen auf diesem Wege herzlichsten Dank.

Burg, den 11. November 1918.

Karl Meh.